

Für Frieden und Demokratie

NGOs und Parteien sind in Ankara zusammen gekommen und haben eine gemeinsame Erklärung gegen den Putsch und den Ausnahmezustand formuliert. Anwesend waren Vertreter von KESK, DİSK, der HDP, der ÖDP, der EMEP, der EHP, der DBP, von Devrimci Parti, ESP, SYKP, Halkın Türkiye Komünist Partisi, von der YSGP, der HDK, so wie von Haziran Hareketi Halkevleri, İHD, THIV, die als Dachverband der Alevitischen Gemeinschaft gehandelte Alevi Bektaşî Federasyonu, die Hacı Bektaş-ı Veli Vakfı, Pir Sultan Abdal Kültür Dernekleri und Demokratik Alevi Dernekleri.

Die NGOs und Parteien einigten sich auf eine Erklärung. Sie wurde vom Vorsitzenden der Gewerkschaft DISK, Kani Beko, verlesen. Mit der Verurteilung des Putschversuchs vom 15. Juli wandten sich die genannten Organisationen und Parteien scharf gegen jegliche Art von Putsch und Putschversuchen, aber auch gegen die Ausrufung des Ausnahmezustands, und stellten ihre dringenden Forderungen dar. In ihrer Erklärung heißt es dazu:

„Die AKP verteidigt nicht die Demokratie und die grundlegenden Menschenrechte gegen den Putschversuch. Ganz im Gegenteil verteidigt sie nach Art und Manier der Putschisten die Todesstrafe, legitimiert Folter und übergeht das Parlament. Ganz offensichtlich wird mit der Ausrufung des Ausnahmezustands (OHAL) durch den Ministerrat ein ziviler Putsch zur Umsetzung und Konstituierung des Präsidialsystems unter dem Namen des ‚Obersten Kommandanten‘ vollzogen. Mit dem OHAL wird das Parlament vollständig entmachtet, Rechte ausgesetzt. Alle Befugnisse und jegliche Beschlussfassung sind

mittels Deklaration mit Gesetzeskraft dem Staatspräsidenten überantwortet worden. Zum Schluss ist dann auch noch erklärt worden, dass die entsprechend der (türkischen) Verfassung Paragraph 15 Absatz 2 unter allen Umständen gültigen Grundrechte, die Europäische Charta für Menschenrechte, ausgesetzt ist.“ Im Folgenden fordern die genannten Organisationen die AKP zu einer „sofortigen Abkehr des eingeschlagenen Weges“ auf und fordern eine „freiheitliche und pluralistische Demokratie“ ein sowie die Einhaltung der Menschenrechte.

Die gemeinsamen Forderungen aller Beteiligten wurden wie folgt dargelegt:

- Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustands
- Überantwortung der Putschisten an die Gerichte. Gerichtsverfahren unter Beachtung allgemeiner gültiger Rechtsnormen und Beachtung der Menschenrechte. Das Verbot der Folter ist allgemein. Es ist einzuhalten.
- Untersuchung der Vorwürfe von Lynchjustiz und der Folter während des Putschgeschehes, zur Rechenschaftziehung der Verantwortlichen.
- Die Todesstrafe ist keine demokratische Forderung. Sie ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Todesstrafe ist im Rahmen eingegangener internationaler Verträge aufgehoben worden. Nichts sollte zu ihrer Wiedereinführung führen.
- Verzicht auf jegliche Maßnahme die die gewerkschaftlichen oder freiheitlichen Rechte wie daß der Versammlung, der Demonstration uä aushebeln.
- Die ohne jegliche juristischen Basis begonnenen Amtsenthebungen im öffentlichen Dienst,

in Universitäten, in der Hohen Gerichtsbarkeit belegen, dass die Liquidation der Opposition beschleunigt wurde, die fehlende Transparenz der Maßnahmen führt zur Besorgnis, dass der gesamte öffentliche Dienst ausschließlich mit AKP nahen Personen besetzt wird. Von solchen Schritten ist mit sofortiger Wirkung Abstand zu nehmen, ein Handeln entsprechend den Rechten wird gefordert.

- Gefordert werden Schritte in Richtung Demokratie. Alle dahingehenden Schritte, sowie die Verabschiedung von Gesetzen, sollten unter Einbeziehung des Parlaments und aller Teile der Gesellschaft erfolgen. Auf Deklarationen mit Gesetzeskraft ist zu verzichten.
- eine Beendigung der im Rahmen der in Syrien betriebenen Kriegspolitik geschlossenen Beziehungen zu dschihadistischen Organisationen
- Ergreifung von Maßnahmen zum Schutz vor Provokationen, vor allem auch zum Schutz der Aleviten vor Übergriffen durch jene, die sich auf den Straßen im Rahmen der sogenannten „Wachen für die Demokratie“ versammelt haben
- Sofortige Schritte für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage und eine Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen aufgrund des (ungelösten Konflikts)

Die Organisationen erklären:

„Wir werden, unter welchen Bedingungen auch immer, an unseren aufgestellten Forderungen festhalten und unseren Kampf dafür fortführen. Wir werden fortfahren Arbeitsrechte, Säkularität, wahre Demokratie und den Frieden zu verteidigen.“
(ANF 23.7., ISKU)

IS Terror in Rojava – Mindestens 55 Tote bei Anschlag in Qamişlo

Bei einem feigen Terroranschlag des Islamischen Staates (IS) in der Stadt Qamişlo sind am Morgen des 27. Juli mindestens 55 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 165 weitere Personen verletzt worden. Der Anschlag ereignete sich in einem belebten Viertel der Stadt, wo Mitglieder des IS einen mit Sprengstoff beladenen Lastwagen in die Luft jagten. Viele der Opfer verstarben unter dem Schutt der durch die Wucht der Detonation zerstörten

Häuser und Gebäude in der Umgebung des Explosionsortes. Der aktuellste Terroranschlag des IS ist zugleich auch ein Eingeständnis seiner Verzweiflung und seines Niedergangs. Denn seit der Befreiung der Stadt Kobanê vom IS im Februar 2015 haben die Verteidigungseinheiten Rojavas kontinuierlich Gebiete im Norden Syriens von der Terrororganisation befreit. Während der IS zuvor im Irak wie in Mossul vielerorts die irakische Armee über-

rannt und in Syrien zahlreiche Gebiete anderer oppositioneller Gruppen problemlos okkupiert hat, ist die Organisation gegen die Einheiten der YPG (Volksverteidigungseinheiten) und YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) aus Rojava (West-Kurdistan/Nord-Syrien) an ihre Grenzen gestoßen. Mit der Unterstützung der Anti-IS-Koalition haben die Kräfte Rojavas Stück für Stück weitere Gebiete im Norden Syriens vom IS bereinigt und die lokale Bevöl-

Meldungen:

Aktionen der Guerilla in Bakur
Das Pressezentrum der kurdischen Volksverteidigungskräfte (HPG – Hêzên Parastina Gel) veröffentlichte eine Mitteilung über aktuelle Aktionen der Guerilla.

Am 22. Juli errichtete eine 22-köpfige Guerillaeinheit einen Kontrollposten auf der Verbindungsstraße zwischen Dêrsim und Erzingan (türk. Erzincan). Im Verlauf des Tages kontrollierten die Guerillakräfte passierende Personen, deren Personalien und informierten diese über den Grund der Kontrolle, sowie die aktuellen Entwicklungen. Während der Kontrollen wurden 6 staatliche Fahrzeuge beschlagnahmt und in Brandt gesetzt. Obwohl das türkische Militär das umliegende Gebiet ab ca. 21:00 Uhr unter Beschuss nahm, bleibt der Kontrollpunkt bis auf weiteres bestehen.

Auch auf der Verbindungsstraße zwischen Sêrt (türk. Siirt) und Wan (türk. Van) errichtete die Guerilla am Abend des 22. Juli einen vergleichbaren Kontrollpunkt. Hier kam es nach bisherigen Erkenntnissen zu keinerlei Zwischenfällen.

Ebenfalls am 22. Juli führte die Guerilla im zur Provinz Wan gehörenden Landkreis Gürpınar eine Aktion gegen den Şamanis Außenposten des türkischen Militärs durch, bei der ein Soldat getötet wurde.

Am 21. Juli zerstörten Guerillakräfte einen Sendemast des türkischen Mobilfunkanbieters AVEA nahe der Dörfer Erenzê und Bacini, sowie des Berges Gabar in Şirnex (türk. Şırnak).

Am folgenden Tag, dem 22. Juli bombardierte das türkische Militär mit Mörsern und Artillerie großflächig das Gebiet Çiyayê Bizina ebenfalls nahe des Berges Gabar.

Auch in den südkurdischen Medya Verteidigungsgebieten bombardierte die türkische Luftwaffe erneut das Dorf Zengil. Durch die Bombardierung wurden vor allem die Felder und Obstgärten der Ortschaft zerstört.

Die HPG gab zudem bekannt, dass ein Guerillakämpfer am 20. Juli bei Gefechten mit dem türkischen Militär auf der Verbindungsstraße zwischen Sêrt und Şirnex ums Leben kam.

(ANF 23.7., ISKU)

Nisêbin: Ausgangssperre hält weiter an

In Nisêbin (Nusaybin), einer Kleinstadt der Provinz Mêrdîn (Mardin), ist die Ausgangssperre

Wir fordern den umgehenden Kontakt zu Abdullah Öcalan

Der Putschversuch in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli von Teilen des türkischen Militärs ist die direkte Folge der antidemokratischen Politik des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan und seiner AKP. Entgegen aller Behauptungen der türkischen Regierungspartei, dass allein ein Präsidialsystem in der Türkei für Stabilität im Lande sorgen könne, ist die angestrebte alleinige Machtstellung Erdoğan's Ursprung und Quelle von Instabilität, Machtkämpfen innerhalb der Eliten des türkischen Staates und fortdauernder Auseinandersetzungen. (...)

Als zwischen 2013 und 2015 der türkische Staat und die HDP Gespräche mit dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali führten, warnte dieser unzählige Male die türkische Regierung vor einer Putschgefahr in der Türkei. Zur Bannung dieser Gefahr seien die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei die einzigen Garantien. Was damals für viele Kreise als unwahrscheinliches Schreckensszenario und taktisches Kalkül des PKK-Vorsitzenden wirkte, um die AKP am Verhandlungstisch zu binden, hat sich am Abend des 15. Juni als

vorausschauende Weitsicht entpuppt. Öcalan analysierte die Machtstrukturen und die dahinterliegenden Interessen im türkischen Staat zutreffender als die Organe des türkischen Staates und warnte Erdoğan davor, dass sein Schicksal bei einem Scheitern des Lösungsprozesses dem Mursis in Ägypten oder Saddam Husseins im Irak gleichen könnte.

Nach den Ereignissen in der Putschnacht ist die kurdische Bevölkerung um den Zustand Abdullah Öcalans besorgt. Da unklar ist, ob die Soldaten auf der Gefängnisinsel Imrali, auf der Öcalan seit 1999 inhaftiert ist, auch zu der Clique der Putschisten gehört, stellt sich die berechnete Frage, was in jener Nacht auf Imrali geschehen ist. Bislang verweigern die türkischen Behörden jeglichen Besuch bei Öcalan. Dies kann und wird von der kurdischen Bevölkerung nicht geduldet werden.

Abdullah Öcalan ist von kurdischer Seite der einzige legitime Partner für mögliche Friedensverhandlungen mit der Türkei. Sein Schicksal und der Ausweg aus der permanenten Krise in der Türkei sind eng miteinander verknüpft. Aus diesem Grund fordern wir:

- Dass sofort der Zugang der Familienangehörigen und Anwäl-

te Öcalans auf die Gefängnisinsel Imrali ermöglicht wird, sodass mit Bestimmtheit sein Wohlergehen bestätigt werden kann. Die Internationale Gemeinschaft muss Druck auf die Türkei ausüben, dass diese den sofortigen Zugang zu Öcalan ermöglichen.

- Im nächsten Schritt fordern wir die türkische Regierung dazu auf, Friedensgespräche mit Herrn Öcalan aufzunehmen und so den Weg für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage zu ermöglichen. Unabdingbar hierfür ist ein Ende des Imrali-Gefängnisystems, in welchem der PKK-Vorsitzende einer permanenten Totalisolation ausgesetzt ist.

- Letztlich fordern wir die Freiheit von Abdullah Öcalan und aller politischen Gefangenen in der Türkei, was gleichbedeutend mit der Forderung nach einer Lösung der kurdischen Frage und der Demokratisierung der Türkei ist. Nur auf diesem Wege kann die Türkei sich aus ihrem Zustand der Dauerkrise und Instabilität befreien, sowie dafür sorgen, dass Militärputsche nur noch Teil der Geschichte des Landes und nicht Teil ihrer Gegenwart oder möglicher Zukunft sind.

NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V.

→ IS Terror in Rojava ...

kerung von dem Joch der Terrororganisation befreit. Derzeit setzen die Demokratischen Kräfte Syriens SDF/QSD – ein multiethnischer und multikonfessioneller militärischer Zusammenschluss dem auch die kurdischen Verteidigungseinheiten angehören – den IS in der Stadt Minbic und im Norden Rakkas unter starkem Druck. In die Defensive gedrückt, greift der IS nun erneut verstärkt zu solch abscheulichen Mitteln, wie den jüngsten Anschlag in Qamişlo.

Die Region Rojava ist auch deshalb seit langem ein Angriffsziel des IS, weil das dort gelebte Gesellschaftsmodell im diametralen Gegensatz zum menschenverachtenden Terror-Regime des Islamischen Staates (IS) steht. Denn in Rojava wird ein demokratisches und pluralistisches Gesellschaftskonzept gelebt, das keine Unterschiede zwischen Volksgruppen sowie Glaubens- und Religionsgemeinschaften macht. Außerdem wird in Rojava derzeit mit den patriarchalen Verhältnissen gebrochen. Die Frauen sind die Vorhut des neuen Gesellschaftskonzepts. Die Vorstellung einer solchen Gesellschaft passt nicht in die menschenverachtende Gedankenwelt des IS und anderer jihadistischer Gruppierungen in Syrien. Unterstützt mit Waffen und der Logistik der Türkei, die ebenfalls mit allen Mit-

telten gegen die Selbstverwaltung in den Gebieten vorgeht, haben diese Gruppen deshalb seit Beginn der Revolution von Rojava im Jahr 2012 die Region angegriffen. Allerdings hat die Gesellschaft von Rojava mit der Revolution Errungenschaften erzielt, die sie bereit ist unter allen Umständen und gegen jeden Gegner zu verteidigen. Und das tut sie bislang mit großem Erfolg. Doch die jüngsten Anschläge und Angriffe des IS in Deutschland und Frankreich machen nochmals deutlich, dass der Kampf gegen diese Organisation auch international geführt werden muss. Die EU und die Bundesregierung müssen größeren Druck auf die Staaten ausüben, die weiterhin den Terror dieser Organisation offen oder verdeckt unterstützen. Hierzu gehört auch und vor allem die Türkei, wo Mitglieder des IS weiterhin unbehelligt agieren können.

Außerdem ist es inakzeptabel und in keiner Weise nachvollziehbar und verständlich, dass die Bevölkerung von Rojava und ihre Verteidigungseinheiten derzeit das größte Bollwerk gegen den IS darstellen, ihre Selbstverwaltung allerdings weiterhin keine Anerkennung der internationalen Gemeinschaft genießt. Bislang weigern sich die Vereinten Nationen UN gar Vertreter-

rinnen und Vertreter Rojawas zu den internationalen Gesprächen über einen möglichen Frieden in Syrien einzubinden.

Aus diesem Grund fordern wir:

- Die internationale Anerkennung Rojawas und die Einbindung ihrer VertreterInnen zu allen internationalen Gesprächen für eine diplomatische und friedliche Lösung sowie über die Zukunft Syriens.

- Die Ausweitung des internationalen Drucks auf Staaten wie die Türkei, die islamistischen Organisationen wie den IS in Syrien unterstützen. Wenn nötig müssen auch Sanktionen gegen diese Staaten in Erwägung gezogen werden.

- Die Ausweitung der internationalen Unterstützung für diejenigen bewaffneten Kräfte in Syrien, die an vorderster Front den Kampf gegen den IS führen. Das gilt insbesondere für die Demokratischen Kräfte Syrien SDF/QSD.

- Die Durchbrechung des wirtschaftlichen Embargos gegen die Region Rojava, welches insbesondere von der Türkei aufrecht gehalten wird. Es muss dringend ein humanitärer Korridor nach Rojava geöffnet werden.

NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V., Juli 2016

gestern nach 134 Tagen in 10 Stadtteilen teilweise aufgehoben worden. Für die sechs Stadtteile Abdulkadir Paşa, Fırat, Dicle, Yenışehir, Zeynel Abidin und Kışla besteht sie allerdings weiter. Das sind die Stadtteile, in denen der Widerstand geführt wurde. Für die anderen Stadtteile gilt die Ausgangssperre „nur noch“ zwischen 21.00 und 5.00 Uhr morgens. (Mi, 26.7., ISKU)

Minbic: Immer mehr EinwohnerInnen in Sicherheit

Die Operation zur Befreiung von Minbic, die in Gedenken an den gefallenen Kommandanten Faysal Abu Leyla in dessen Namen geführt wird, erreicht heute ihren 56. Tag. Der Vorstoß in das Stadtzentrum ergibt sich äußerst schwierig, da neben den Daesh/IS Einheiten und deren Sprengfallen, sich auch weiterhin viele hunderte ZivilistInnen in den noch umkämpften Vierteln und Straßen befinden. Die EinwohnerInnen suchen vielfach Schutz in den Kellerräumen der Gebäude, daher gehen die Einheiten des Minbicer Militärrats äußerst behutsam und vorsichtig vor, um die Menschen nicht zu gefährden.

Bereits gestern verbreitete sich die Meldung, dass bei der Befreiung des Stadtteils El-Keclî mehr als 60 ZivilistInnen gerettet werden konnten, die seit über 4 Tagen ohne Wasser und Nahrung in einem Gebäude ausharrten. Die befreite Gruppe bestand überwiegend aus Frauen und Kindern und wurde umgehend in die bereits gesicherten Gebiete gebracht, wo sie mit dem Nötigsten versorgt wurden.

Aber auch vor wenigen Stunden wurden weitere 200 Familien aus den Vierteln Al-Neyîm, Al-Keclî und Al-Beta befreit und umgehend evakuiert. Auch sie befinden sich nun in den bereits gesicherten Gebieten und werden versorgt.

Währenddessen gehen die Kämpfe um das Stadtzentrum unvermindert weiter. Der Erfolg der Operation ist nicht mehr fern. (ANF, 26.7., ISKU)

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur
Mi Milliyet

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org